

ESSAY

Fluide Erkenntnisstände

Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsidenten der Bundesländer hatten es sichtlich eilig. Anfang Dezember 2021 forderten sie den Deutschen Ethikrat auf, quasi aus dem Stand eine „Einschätzung zu den ethischen Aspekten einer allgemeinen Impfpflicht vorzulegen“. Das Gremium lieferte prompt. Nur drei Wochen später, am 22. Dezember, veröffentlichte der Ethikrat eine 20-seitige Ad-hoc-Empfehlung, die es in sich hat: Die Mehrheit der Unterzeichner befürwortet darin die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für alle in Deutschland lebenden Erwachsenen über 18 Jahren.

Und nicht nur das. Schon jetzt, heißt es in dem Papier weiter, sei beispielsweise „erkennbar, dass sich eine allgemeine gesetzliche Impfpflicht sinnvollerweise nicht nur auf die einfache oder doppelte Impfung beziehen kann“. Eine unbegrenzte Zahl von Auffrischungs-Impfungen könne also „für eine bestimmte Zeit oder regelmäßig“ notwendig werden. Für die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Alena Buyx, war das Votum eindeutig. „Wir haben vier Mitglieder, die gegen die Empfehlung gestimmt haben“, sagte die Medizinethikprofessorin von der Technischen Universität München in einem Interview mit dem WDR. „20 waren dafür. Das ist eine sehr große Mehrheit.“

Scheinbar hat der überwiegende Teil der Ethikrats-Mitglieder damit eine erstaunliche Kehrtwende vollzogen. Denn nur ein Jahr zuvor, im November 2020, hatte der Ethikrat bereits zusammen mit der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und der Ständigen Impfkommission (STIKO) ein Positionspapier zum Thema formuliert. Allerdings mit einer ganz anderen Aussage. In einem Interview mit den Tagesthemen bestätigte die Vorsitzende des Ethikrats, Alena Buyx, damals, dass sie und ihre Kollegen „die allgemeine Impfpflicht klar aus ethischen Gründen ausgeschlossen haben“. Sie und die anderen Experten hätten dort zwar auch gesagt, „dass es zulässig sein kann unter bestimmten Umständen, über eine bereichsbezogene Impfpflicht nachzudenken“. Eine der Bedingungen dafür jedoch „liege auf der Hand“, so Buyx. „Wir bräuchten natürlich noch sehr viel mehr Wissen dazu, dass die Impfung auch wirklich dafür sorgt, dass eine geimpfte Person niemanden mehr anstecken kann. Das wissen wir ja leider noch nicht.“

Inzwischen steht fest: Eine solche sterile Immunität durch die Impfung gibt es nicht. Selbst Menschen, die drei Mal gegen Covid-19 geimpft wurden, sind nicht immun. Sie können sich nach wie vor selbst mit Sars-CoV-2 anstecken und erkranken. Und sie können das Virus an andere Personen weitergeben. Dennoch empfehlen der Ethikrat und seine Vorsitzende weniger als ein Jahr später eine allgemeine Impfpflicht. Das verwundert auch deshalb, weil selbst für den Ethikrat klar ist, dass eine gesetzliche Impfpflicht ein „erheblicher Eingriff in verfassungsrechtlich geschützte Rechtspositionen, vor allem in die körperliche Unversehrtheit“ ist. Solche Eingriffe sind in Deutschland nur zulässig, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

KOMMENTAR

Schuluniformen fürs Klima!

In Deutschland ist das Streben nach Egalität aus der politischen Debatte kaum fortzudenken. Eifrig bemühen sich Parteien und Regierende, soziale Unterschiede im Alltag möglichst unsichtbar zu machen – und die Bürger zu Sensibilität anzuhalten. Möglicherweise gehört deshalb das Streben nach Vermeidung jeglicher Diskriminierung heute bei immer mehr Erwachsenen zum guten Ton. Junge Menschen hingegen lernen noch und formen ihre Persönlichkeit – weshalb es nach wie vor unter jungen Menschen Ausgrenzung und Verurteilungen von Aussehen, Wesen und sozialer Herkunft gibt. Diese Ausgrenzung unter Kindern ist oft grausam. Beispielsweise, wenn jemand keine Markenkleidung trägt, sondern welche vom Discounter.

Wenn man sich nicht mit Statistik befassen möchte, kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein, wie weit die soziale Schere geöffnet ist und wohin sie sich entwickelt. Aber es dürfte wenige Zweifel geben, dass die Ausgrenzung junger Menschen, weil sie nicht die „richtige“ Kleidung tragen, zugenommen hat. Verstärkt wird dies durch von Herstellern gut bezahlte Influencer, die auf unzähligen Social-Media-Kanälen sehr deutlich machen, was man tragen muss, um auch auf dem Schulhof dazuzugehören. All das ist den zuständigen Behörden und politisch Verantwortlichen bekannt. Gleichwohl wird das pragmatischste Mittel zur Eingrenzung solcher Diskriminierungen seit Jahrzehnten ignoriert: die Schuluniform.

Entsprechende Vorstöße werden in Deutschland oft mit einem Argument abgewehrt, das von einer eher provinziellen Weltanschauung zeugt. Es wird ins Feld geführt, dass Schuluniformen in Eliteschulen wie

Es war kurz vor Weihnachten, als der Deutsche Ethikrat auf einmal eine allgemeine Impfpflicht empfahl. Der Vorstoß war erstaunlich, Timing und Begründung auch. Wie opportunistisch ist das Gremium wirklich?

CORNELIA STOLZE



So muss jeder staatliche Eingriff in ein Grundrecht – wozu auch die körperliche Unversehrtheit zählt – einem legitimen Zweck dienen. Zudem müssen die Eingriffe geeignet sein, diesen Zweck überhaupt zu erreichen. Drittens müssen sie das mildeste Mittel darstellen und viertens im engeren Sinne verhältnismäßig sein. Eine maßgebliche Rolle spielt dabei die Frage, wozu ein allgemeiner Impfpflicht genau dienen soll. Gleich zehn Mal in der Ad-hoc-Empfehlung ist davon zu lesen, dass es darum gehe, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, vor allem der von Krankenhäusern und Intensivstationen. Um das zu verhindern, gibt es laut Buyx nur einen Weg. „Wir müssen in eine kontrollierte endemische Situation kommen“, sagt sie dem WDR. Genau so steht es auch in der Empfehlung vom 22. Dezember. „Hohe Impfquoten“ seien dafür entscheidend. Und gleich an mehreren Stellen ist in dem Papier zu lesen, dass es darum gehe, die „drohende Überlastung des Gesundheitssystems abzustellen“.

Doch was genau ist eine kontrollierte endemische Situation? Wer sich von Alena Buyx klare Antworten auf diese Frage erhofft, wird enttäuscht. „Meine Antwort darauf kann nur indirekt sein“, so die Ethikrats-Vorsitzende gegenüber WELT. Denn „eine direkte Beantwortung würde ein Verständnis über die Rolle und Funktionsweise ethischer Ana-

lyse und Politikberatung bedienen, das meines Erachtens nicht sachgemäß ist.“

Auch in der Ad-hoc-Empfehlung des Ethikrats selbst findet sich zur Frage, was eine „kontrollierte endemische Situation“ genau ist, nur eine Formulierung, die weitere Fragen aufwirft. „Eine kontrollierte endemische Situation entspricht nicht der so genannten Herdenimmunität, sondern nur einer hinreichenden Grundimmunität, die zu einer weitgehenden Reduzierung der Viruszirkulation auf der Bevölkerungsebene führt“.

Was aber ist für den Ethikrat eine „hinreichende Grundimmunität“? Wie viele Menschen in Deutschland müssen dafür gegen Sars-CoV-2 immun sein? Wann gilt eine Person im Fall von Sars-CoV-2 als immun? Nach ein, zwei, drei oder vier Impfstoff-Injektionen? Welche medizinischen Parameter müssen für den Nachweis der Immunität mit welchen Verfahren bestimmt werden? Und welche Grenzwerte gelten dafür jeweils? Auch auf diese Fragen gibt Alena Buyx keine direkten Antworten. Natürlich habe man für die Beurteilung des „fluiden Erkenntnisstandes“ über die Literatur und Zitationen im Text hinaus, etwa zu den Impfquoten, verschiedene Gespräche mit einschlägigen Expertinnen und Experten und Institutionen geführt. Einzelne empirische Details festzulegen, so die Medizinerin, liege aber „ganz außerhalb der Funktion“ des Ethikrats.

Kritiker sehen das anders. „Wenn man so an die Sache herangeht, hätte man sich schon vor einem Jahr für eine allgemeine Impfpflicht aussprechen können“, sagt einer, der die Abläufe im Ethikrat seit Jahren beobachtet und an einer deutschen Hochschule Rechtswissenschaften lehrt, aber anonym bleiben will. „Damit, dass man als Ziel die Beendigung der Pandemie ausgibt, könnte man jede Freiheitsbeschränkung durchsetzen.“ Merkwürdig ist auch, dass die Ziele immer wieder verschoben werden. Zu Anfang der Pandemie ist es darum gegangen, die Kurve der Infektionen abzufachen und die vulnerablen Gruppen zu schützen. 2021 hieß es dann, den Intensivstationen drohe eine Überlastung, Triagen könnten bald unumgänglich sein. Inzwischen warnen Politiker angesichts von Omikron vor einem Zusammenbruch der kritischen Infrastruktur. Dabei sind Kriterien wie Krankenhausüberlastung und eine Bedrohung der kritischen Infrastruktur politisch jederzeit steuerbar. Es drängt sich der Verdacht auf, dass sich der Ethikrat an der Stimmung in der Bevölkerung und der Regierenden orientiert. Doch, so der Kritiker, „es ist nicht die Aufgabe von Ethik, der Politik zuzuarbeiten.“

Alena Buyx ist nicht die Einzige im Deutschen Ethikrat, die der Öffentlichkeit Antworten schuldig bleibt. Auch alle drei stellvertretenden Vorsitzenden – der Juraprofessor Volker Lipp, der Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin und die Professorin für Theoretische Neurophysiologie Susanne Schneider – erhalten dieselben Fragen von WELT zugeschickt. Sie reagieren einfach nicht. Fest steht dagegen eines: So klar wie von Buyx behauptet, war das Votum für die allgemeine gesetzliche Impfpflicht im Ethikrat nicht. Tatsächlich hat der Ethikrat nämlich nicht 20, sondern 24 Mitglieder. Vier von ihnen haben sich allerdings öffentlich von der Ad-hoc-Empfehlung distanzieren. Sieben sprachen sich nur für eine Ausweitung der bestehenden einrichtungsbezogenen Impfpflicht auf besonders vulnerable Personen aus, etwa für Ältere und Vorerkrankte. 13 Mitglieder haben für die allgemeine Impfpflicht gestimmt. Die „klare Mehrheit“ von Alena Buyx bestand also in Wirklichkeit aus einer einzigen Stimme.

forum@welt.de

KOMMENTAR

Der Westen wird Nein sagen

CHRISTOPH B. SCHILTZ



Es ist immer gut, wenn Gegner miteinander reden. Aber die Sicherheitsgespräche in Genf und Brüssel stehen von vornherein unter einem ungünstigen Stern: Sie wurden dem Westen aufgezwungen durch einen aggressiven russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine. Amerikaner und Nato beraten nun mit Moskau in einer Atmosphäre wie „mit einer Pistole am Kopf der Ukraine“ (US-Außenminister Antony Blinken). Das Kalkül von Russlands Präsidenten Putin ist dabei auch, den Westen zu spalten.

Was kann unter diesen Voraussetzungen von den Verhandlungen erwartet werden? Die Prognose ist düster. Vieles spricht dafür, dass diese Gespräche letztlich scheitern werden. Die Folge wäre eine weitere Eskalation zwischen West und Ost. Die Gefahr eines neuen Kalten Krieges 2.0 ist immens.

Natürlich gibt es Spielraum für eine Annäherung in bestimmten Fragen, beispielsweise über mehr Transparenz bei Militärübungen oder eine verbesserte Kommunikation. Möglicherweise wäre sogar eine Einigung über die gegenseitige Stationierung von land-

gestützten Mittelstreckenraketen denkbar, falls Russland auch bereit sein sollte, die ballistischen Mittelstreckenraketen des Typs Iskander im Bezirk Kaliningrad einzubeziehen. Aber bei den Kernforderungen Moskaus ist kein Kompromiss möglich: Zusagen der Nato darüber, dass man ehemalige Sowjetrepubliken nicht aufnehmen wird, Waffen aus der östlichen Region abzieht und Manöver beendet. Und Zusagen aus Washington, keine Nuklearwaffen im Ausland mehr zu stationieren. Solche Konzessionen würden nicht nur das Selbstbestimmungsrecht souveräner Staaten verletzen, sondern auch das Nato-Konzept von Abschreckung und Verteidigung ruinieren.

Der Kreml-Autokrat arbeitet an seinem Vermächtnis. Putin will die Ordnung des Kalten Krieges in Europa wiederherstellen und den Kontinent in Einflussphären aufteilen. Der Westen wird Moskaus Kernforderungen nicht erfüllen. Übrigens auch deshalb nicht, weil Chinas Diktator Xi Jinping, ebenfalls ein alternder Revanchist, das als Ermunterung verstehen würde.

Und dann? Ein Scheitern der Gespräche könnte Putin letztlich als Vorwand dienen, dem Westen eine Lektion zu erteilen – und weitere Teile der Ukraine zu besetzen oder im Baltikum Unruhen zu schüren. Amerikaner und Europäer würden in diesem Fall mit harten Sanktionen reagieren. Die Eskalationsspirale wäre da.

christoph.schiltz@welt.de

KOMMENTAR

Kühnert ist nun staatstragend

NIKOLAUS DOLL



Wer Olaf Scholz wählt, bekommt Saskia Esken oder Kevin Kühnert – also die Parteilinke, die von Enteignungen redet, tagsüber von Planwirtschaft und nachts ein bisschen vom Sozialismus träumt. Und die in der Partei nach dem Wahlsieg sagt, wo es langgeht. So hatten es die Scholz-Kritiker im Wahlkampf verbreitet, so hatten es viele Beobachter allzu gerne aufgenommen. Aber sie alle haben sich getäuscht.

Wer Scholz gewählt hat, hat Scholz bekommen. Den trockenen Pragmatiker, der sich schon zu Beginn seiner Amtszeit so nüchtern und unverbindlich gibt, dass er fast merkwürdiger erscheint als die Kanzlerin in ihrer Spätzeit. Und die Linke in der SPD hält still, zieht mit. Das beste Beispiel ist der erste Auftritt Kevin Kühnerts als Generalsekretär am Montag.

Da hätte man doch erwarten können, dass Kühnert gleich zum Start zur Hochform aufläuft, kräftig austeilte gegen den politischen Gegner und – weil eben Kühnert – die eigene Partei. Gerade Generalsekretäre dürfen es ja verbal etwas rustikaler angehen. Aber Kühnert war ganz und gar unkraxig. Nicht mal gegen den Lieblingskon-

trahenten, Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, holte er richtig aus. Kevin Kühnert ist nun staatstragend. Wie die ganze SPD.

Das Entfalten der Partei ist den Weg so vieler junger Wilder in der Politik gegangen: Zu Ämtern und Würden gekommen, also eng eingerahmt in die Maschinerien höchster Parteigremien, der Fraktionen oder Ministerien wird aus Wild- oft Mildheit. Korrekter: eine undogmatische Befassung mit den politischen Herausforderungen. Das hat im Fall Kühnerts zwei Gründe.

Zum einen war es tatsächlich ein kluger Schachzug des Amtsvorgängers und neuen Parteichefs Lars Klingbeil, seinen Freund Kühnert so steil zu befördern und damit eng in die Parteidisziplin einzubinden. Als Generalsekretär kann man schlecht ständig die eigene Truppe attackieren, so wie das Kühnert lange genug getan hat. Aber entscheidend ist ein zweiter Punkt: die Nahtoderfahrung der SPD in den Monaten vor dem Wahlkampfsommer. Die Sozialdemokraten haben verstanden, dass zwei Dinge im politischen Geschäft für Volksparteien tödlich sind: interne Flügelkämpfe und linke Fantasereien. Das verschreckt jene Gruppe, mit der man Wahlen gewinnt: die Mitte. Kevin Kühnert hat das ganz offensichtlich verinnerlicht. Es herrscht also Burgfrieden – zumindest, solange Scholz mit seinem Mitte-Kurs erfolgreich ist.

nikolaus.doll@welt.de

LESERBRIEFE

Oberflächen zählen

Zu: „Es müssen 1G-plus-Reisen her!“ vom 10. Januar

Es wundert mich überhaupt nicht, dass es trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und Kontaktbeschränkungen unter den Menschen – Personal und Passagieren – zu Corona-Ausbrüchen auf Kreuzfahrtschiffen gekommen ist. Die Reisenden können noch so sorgfältig beim Einchecken kontrolliert werden: Die Viren gelangen auf den Versorgungsgütern über die Ladeluken in die Kühlräume der Schiffe und werden dort bei Wohlfühltemperaturen knapp über Null Grad aufbewahrt, bis sie ausgepackt und verarbeitet und von dem Personal in die Kabinen und auf die Speisen übertragen werden.

IMMO KÖNIG, DORTMUND

Erst der Anfang

Zu: „Die Ampel treibt die Preise“ vom 07. Januar

Es war höchste Zeit für diesen kritischen Kommentar! Die Inflationsentwicklung gerät aus der Kontrolle. Es ist auch zutreffend, dass politische Entscheidungen einen nicht unwesentlichen Anteil daran haben. Dabei ist das nur der Anfang. Die Ampelkoalition wird mit weitreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise die Preisdynamik noch verschärfen. Dazu gehören geplante neue Sanierungsvorschriften und Umweltauflagen. Die schon jetzt exorbitanten Stromkosten drohen noch weiter zu steigen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft weiter zu unterminieren.

WOLFGANG RÜDIGER BENGES, PER EMAIL

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71606, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

forum@welt.de